

Ansprache des Präsidenten des
Abgeordnetenhauses von Berlin

Ralf Wieland

am 12. Januar 2017 zu Beginn der Plenarsitzung
zum Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz

- Es gilt das gesprochene Wort -

Auf dem Berliner Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche verübte ein islamistischer Terrorist am 19. Dezember einen heimtückischen Anschlag. Es war das erste Mal, dass unsere Heimatstadt von einem solchen Attentat heimgesucht wurde. Der Terror ist in Berlin angekommen. Und unsere Hoffnung, von einem solchen Verbrechen verschont zu bleiben, hat sich nicht erfüllt.

Wir trauern um die Opfer, um die Einheimischen und um die Gäste unserer Stadt, die unbeschwerte Tage in einem friedlichen Land, in einer weltoffenen Stadt verbringen wollten. Wir trauern um den aus Polen stammenden Fahrer des LKWs, der zum ersten Opfer dieser feigen Tat wurde.

In den Stunden des Schmerzes sind wir nah bei den Familien der zwölf Toten, die ihr Leben auf solch furchtbare Weise verloren haben. Und wir fühlen mit den Verletzten, von denen einige noch immer im Krankenhaus sind. Wir alle wünschen ihnen eine schnelle und gute Genesung!

Der Täter vom Breitscheidplatz ist in Mailand bei einem Schusswechsel mit der Polizei erschossen worden. Wir fragen uns, wie es möglich sein kann, dass politische und religiöse Verblendung von einem Menschen soweit Besitz ergreifen können, dass er sein eigenes Leben einsetzt, um möglichst viele andere in den Tod zu reißen.

Der Fanatismus, dem wir uns ausgesetzt sehen, lässt bei uns eine gewisse Ratlosigkeit zurück. Die Sinnlosigkeit der Tat ist für die Verletzten und Angehörigen der Toten nur schwer zu ertragen, schon gar nicht verständlich. Wir spenden ihnen unseren Trost, erklären können wir es nicht. Wir alle sind entsetzt und erschüttert über diesen heimtückischen und hinterhältigen Anschlag.

Hilfe für die Betroffenen wird noch eine Zeit lang nötig sein. Ich möchte daher schon jetzt dem Berliner Opferbeauftragten herzlich für seinen unermüdlichen Einsatz bei der Betreuung der Opfer und der Hinterbliebenen danken, genauso wie der Berliner Notfallseelsorge und den Psychologen der Berliner Charité.

In den zurückliegenden Tagen haben uns als Parlament eine Reihe von Beileidsbekundungen erreicht, so u.a. aus Polen, Belgien, Argentinien und den USA. Auch für diese Anteilnahme aus aller Welt danke ich im Namen des Hauses sehr.

Sehr geehrte Damen und Herren,
der internationale Terrorismus stellt für unsere Demokratie, für die Demokratien Europas und darüber hinaus eine ganz unmittelbare Bedrohung dar.

Ein stiller Gruß geht in unsere Partnerstadt Istanbul, die jetzt im Januar bereits durch zwei Terroranschläge erschüttert wurde und nach Jerusalem, wo am letzten Sonntag auch mit einem LKW als Tatwaffe Menschen ermordet wurden.

Erst vor zwei Jahren – fast auf den Tag genau - haben wir hier an dieser Stelle des Terroranschlags auf die Redaktion der Satirezeitschrift Charlie Hebdo gedacht. Weitere Anschläge in Frankreich folgten.

Nur wenige Monate später brachte unbeschreiblicher und abgründiger Hass den Opfern von Nizza den Tod. Auch damals waren Berliner unter den Toten. Ob Brüssel, ob Paris, ob Nizza, Istanbul, Jerusalem oder Berlin – die Terroristen wollen Angst und Schrecken verbreiten, um unsere Lebensweise, um unsere Demokratie zu schwächen und auszuhöhlen. Und gerade weil wir wissen, dass unsere Demokratie und unser Rechtsstaat angegriffen werden, ist es wichtig, dass die Berlinerinnen und Berliner ihre Freiheit und unsere offene Gesellschaft jeden Tag mit Leben erfüllen und Angst und Fremdenfeindlichkeit jeden Tag durch ihr eigenes Handeln eine Absage erteilen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Bedrohung, der wir uns gegenübersehen, hat zum Ziel, unsere Gesellschaft zu spalten. Man will uns ein anderes Leben aufzwingen, ein Leben in Angst und Unfreiheit. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir unsere Werte zu verteidigen.

Wir dürfen deshalb gerade das nicht tun, was die Terroristen zum Ziel haben, unsere Freiheit, unsere Rechtstaatlichkeit selbst einengen und beschneiden. Auch wenn es in einer so emotional bestimmten Zeit schwerfällt, die öffentliche Debatte muss sachlich bleiben. Darin liegt die Stärke unseres demokratischen Gemeinwesens.

Wir sind es den Opfern schuldig, das Verbrechen lückenlos aufzuklären und die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Und wir sind es den Opfern schuldig, dies in einem angemessenen Diskurs zu debattieren.

Sehr geehrte Damen und Herren,
wenn unsere Antwort auf den Terror ist, dass wir unser
freiheitliches Leben nicht ändern werden, wenn wir wieder
feiern, lachen, singen und lieben wollen, dann werden wir dies
nur unbeschwert tun können, wenn die Erinnerung an die Opfer
des 19. Dezember wach bleibt.

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten. Wir werden sie nicht
vergessen.

Ich bitte Sie, sich für eine Minute des Gedenkens von Ihren
Plätzen zu erheben.

- - -